

# Wildbader Tagblatt

## (Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis monatlich Mk. 4.50, vierteljährlich 13.50 frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr Mk. 13.50 und 90 Pfg. Postbestellgeld.

Anzeigenpreis: die einpaltige Petitzeile oder deren Raum 50 Pfg., auswärts 60 Pfg., Reklamezeilen 1.50 Mk., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Carl. Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung: Th. Gatz in Wildbad.

Nummer 131

Februar 179.

Wildbad, Donnerstag, den 10. Juni 1920.

Februar 179.

54. Jahrgang

### Wirtt. Minister über die Lage.

Der Hauptschriftleiter der „Wirtt. Zeitung“, der einzige Minister über ihre Ansicht zu der gegenwärtigen politischen Lage zu befragen Gelegenheit hatte, erfuhr folgendes:

Staatspräsident Bloß (Soz.) leugnete nicht, daß die Lage schwierig geworden ist, doch ist nach seiner Meinung die bisherige Koalitionsmehrheit geübt. Das Zentrum werde an der Koalition festhalten. Die Frage einer Umbildung der Regierung werde sich erst nach dem Zutritt des Landtags, der verfassungsmäßig 16 Tage nach der Wahl erfolgen muß, entscheiden. Von den Verhältnissen im Reich sei Württemberg nicht abhängig. Im Allgemeinen sei zu befürchten, daß es ohne Krise nicht abgehe.

Kulturminister Dr. v. Hieber (Dem.) erklärte: An und für sich ist die bisherige Mehrheit noch vorhanden, es kommt aber auch auf die vier Abgeordneten der Deutschen Volkspartei an. Doch ist kaum anzunehmen, daß sie sich grundsätzlich zur Opposition schlagen. Ueber die Umbildung der Regierung läßt sich nichts Bestimmtes sagen. Es ist zweifelhaft, ob das Zentrum auf eine härtere Vertretung, auf die es Anspruch hätte, Wert legt. Die Sozialdemokratie ist mit drei Ministern und dem Gesandten in Berlin (Hildenbrand) im Verhältnis zu stark beteiligt. Die Demokratie hat so wenig als eine andere Partei ein Interesse daran, an der Regierung beteiligt zu sein. Daß das Zentrum Bloß wegen der Kirchen- und Schulfrage zum Anschluß halten die Kirchen- und Schulfragen aus dem politischen Kampf mehr und mehr herausgehoben werden. Es ist auch nicht wahrscheinlich, daß die Sozialdemokratie in die Opposition tritt, noch weniger, daß die Unabhängigen sich der bisherigen Koalition nähern werden. Eine rein bürgerliche Regierung hätte wohl noch mehr Schwierigkeiten, als eine Regierung mit den Sozialdemokraten. Die Haltung der Parteien wird naturgemäß den Verhältnissen im Reich möglichst angepaßt werden, aber die neue Regierung in Württemberg könnte auch anders zusammengesetzt sein als im Reich.

Finanzminister Liesching (Dem.) hält es für schwer, eine tragfähige Mehrheit im Landtag herzustellen. Wenn das Zentrum sich zur Rechten schließt, so würden beide Parteien nicht sein und eine Zufallsabstimmung könnte die Regierung befehlen. Aber Kirche und Schule werden in der nächsten Zeit keine bedeutende Rolle spielen, worin für das Zentrum der Grund für einen Politikwechsel entfällt. Es wäre dringend zu wünschen, daß die Sozialdemokratie in der Koalition bleibt. Bei einem Zusammengehen der sozialdemokratischen Parteien würde die Tonart der Unabhängigen ausschlaggebend. An der Beteiligung der demokratischen Partei an einer Regierung, in der die Unabhängigen vertreten wären, ist nicht zu denken. Die Demokratie legt keinen Wert darauf, an der Regierung beteiligt zu sein, es wird nur Aufwand geerntet. Solange die Arbeiterklasse willens ist, an der Regierung nach den Grundsätzen der Regierung teilzunehmen, wäre es unklug und staatsgefährlich, sie auszuschließen.

Justizminister Holz (Ztr.) verneinte die Frage, ob die Koalition erweiterungsfähig sei. Das Zentrum werde sich an keiner Regierung beteiligen, in der die Unabhängigen vertreten wären. Eine Erweiterung nach rechts (D. Volkspartei) würde aber wohl am Widerstand der Sozialdemokraten und Demokraten scheitern. So ergibt sich für die jetzige Koalition die Notwendigkeit, Dinge beiseite zu stellen, die Anlaß zu Meinungsverschiedenheiten geben. Das Ministerium muß ein weites Geschäftsbereich sein und sich vorwiegend auf die wirtschaftlichen und finanziellen Aufgaben beschränken. Der Aufbruch nach rechts ist eine wirtschaftliche, keine politische Entwicklung. Wenn versucht werden sollte, in den Schul- und Kirchenfragen über unsere Grundsätze hinwegzugehen, dann könnte dem Zentrum eine andere Koalition aufgedrängt werden. Wir würden dagegen das äußerste, bis zum Volksgewissen, ansetzen. Ein Zusammengehen der Sozialdemokraten mit den Unabhängigen läßt sich schwer vorstellen, die Gegensätze sind durch den Wahlkampf zu groß geworden.

### Die Parteiverhältnisse im Reichstag.

Berlin, 9. Juni. Bei den Wahlen zum Reichstag sind nach den vorläufigen amtlichen Meldungen insgesamt 25 719 067 Stimmen abgegeben worden. Davon entfallen auf

| Partei   | Stimmen   |
|--|-----------|
| Sozialdemokratische Partei Deutschlands              | 5 531 157 |
| Unabhängige Sozialdemokratische Partei               | 4 809 862 |
| Deutschnationale Volkspartei                         | 3 638 851 |
| Deutsche Volkspartei                                 | 3 456 131 |
| Zentrumspartei                                       | 2 700 800 |
| Deutsche demokratische Partei                        | 2 152 500 |
| Christl.-Föderalist. List. (D. v. Sp., Christl. Fr.) | 1 254 963 |
| Kommunistische Partei Deutschlands                   | 438 199   |
| Deutsch-Hannoversche Partei                          | 318 104   |

Auf Grund dieser Stimmenergebnisse sind mit Berücksichtigung der Verteilung der Reststimmen auf die Verbandswahlkreise und die Reichsliste 418 Abgeordnete gewählt worden und zwar 92 der Sozialdemokratischen Partei, 58 des Zentrums, 36 der Deutschen demokratischen Partei, 61 der Deutschnationalen Volkspartei, 59 der Deutschen Volkspartei, 80 der Unabhängigen Sozialdemokratie, 2 der Kommunisten, 4 des Bayerischen Bauernbundes, 5 der Deutsch-Hannoverschen Partei, 21 der Christl.-Föder. Liste. Bei der Rechnung ergab sich, daß von den Reststimmen über 30 000 je ein Mandat auf die Deutsche demokratische Partei, die Deutschnationale Volkspartei, und die Christl.-Föderalistische Liste fallen. Im übrigen verteilten sich die Reststimmen folgendermaßen: 11 157 auf die Sozialdemokratie, 22 500 auf das Zentrum, 22 500 auf die Deutsche demokratische Partei, 8851 auf die Deutschnationale Volkspartei, 16 131 auf die Deutsche Volkspartei, 9862 auf die Unabhängigen, 15 963 auf die Christl.-Föder. Partei, 18 104 auf die Deutsch-Hannoversche Partei, 318 199 auf die Kommunisten und 87 518 auf den Deutschen Wirtschaftsbund für Stadt und Land. Unter Zurechnung der Abgeordneten der Abstimmungsgebiete ergibt sich, daß der neue Reichstag insgesamt 460 Abgeordnete zählen wird. Die Mandatsverteilung ergibt mit dieser Zurechnung folgendes Bild:

| Partei   | Abgeordnete |
|--|-------------|
| Sozialdemokratische Partei Deutschlands                        | 110         |
| Zentrum  | 67          |
| Deutsche demokratische Partei                                  | 45          |
| Christlich-Föderalistische Liste                               | 21          |
| Deutschnationale Volkspartei                                   | 65          |
| Deutsche Volkspartei   | 61          |
| Unabhängige Sozialdemokratische Partei                         | 80          |
| Kommunistische Partei Deutschlands                             | 2           |
| Bayerischer Bauernbund   | 4           |
| Deutsch-Hannoversche Partei                                    | 5           |
| Die bisherige Koalition zählt 222, die Opposition 238 Stimmen. |             |

Dem „Berliner Lokalanzeiger“ wird aus Rassel gemeldet, daß das Ergebnis der Reichstagswahlen im Wahlkreis Heßler-Rassau wegen zahlreicher formeller Verstöße, sowie wegen behaupteter gesetzwidriger Beeinflussung angefochten werden wird.

Dresden, 9. Juni. Nach dem Ausfall der Reichstagswahlen wird die demokratische Partei aus der Regierungsmehrheit ausscheiden.

Hamburg, 9. Juni. Wahlergebnis: Sozialdemokratie 215 499 (1919 304 535), Unabh. 84 521 (40 017), Komm. 2927 (0), Deutschnat. 69 761 (15 986), D. Volkspartei 84 474 (69 219), Dem. 97 861 (156 054), Zentr. 5802 (7361).

Dessau, 9. Juni. Bei den Landtagswahlen in Anhalt-Dessau wurden folgende Stimmen abgegeben: Demokraten 26 457, 6 Mandate (Verlust 6), Unabhängige 31 430, 6 Mandate (Gewinn 5), Deutschnationale 28 990, 6 Mandate (Gewinn 4), Deutsche Volkspartei 23 121, 5 Mandate (Gewinn 4), Mehrheitssozialisten 61 552, 13 Mandate (Verlust 9).

Ein unabhängiger Landtagspräsident. Braunschweig, 9. Juni. Der braunschweigische Landtag hat zu seinem Präsidenten den Abgeordneten Westphalier (Unabh.) gewählt, zum 1. Vizepräsidenten den Abg. Weßel (D. V.) und zum 2. Vizepräsidenten Dr. Jasper (S.). Die Bildung der neuen Regierung erfolgt heute.

Der neue bayerische Landtag. München, 9. Juni. Vorläufiges Wahlergebnis für den Landtag in Bayern: Die Mandate verteilen sich

für den kommenden Landtag wie folgt: Mehrheitssozialisten 19, Unabhängige 16, Kommunisten 1, Bayerische Volkspartei 54, Deutsche Volkspartei und Deutschnationale Volkspartei 17, Bauernbund 10, Deutsche demokratische Partei 8. Außerdem sind noch 15 Sitze auf Grund der Reststimmen und 15 Landesstimme auf die Parteien zu verteilen.

### Die Koalitionsfrage.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt, daß es scheine, als möchten die Mehrheitssozialisten jetzt die Folgerungen aus der Lage ziehen und daß sie, hierin solidarisch mit den Unabhängigen, den Rechtsparteien mit dem Zentrum die Regierungsmöglichkeit gewährleisten wollten, auf die sie zu ihren Gunsten oder Ungunsten verzichteten. Die Gangbarkeit einer solchen Rechtsregierung stellte ein Fragezeichen dar. Würden die Mehrheitssozialisten nicht versuchen, in der Zeit ihrer Nichtverantwortlichkeit die parteipolitischen Fehler auszugleichen, zu denen sie als verantwortliche Leiter gezwungen waren? Die Konferenz von Spa sei aus mehrfachen Gründen verschoben worden. Die Macht einer Persönlichkeit, die diplomatisch verhandelt, zu überschätzen, wäre ein großer Fehler. Was für die diplomatische Wirkung einer Persönlichkeit wesentlich in Betracht komme, sei die Legitimation durch die Stärke und den Nachdruck des Mandats.

Wie dem „Berliner Lokalanzeiger“ von maßgebender Seite geschrieben wird, dürfte die Deutschnationale Volkspartei bereit sein, in eine Regierung einzutreten, an der auch Mehrheitssozialisten teilnehmen. Voraussetzung sei, daß die Deutschnationalen nicht gezwungen würden, von ihren Hauptgrundsätzen abzuweichen. Wahrscheinlich würden schon morgen die nicht in Berlin wohnenden führenden Persönlichkeiten zu einer Beratung hier zusammentreten. Die Deutsche Volkspartei, sagt das Blatt weiter, würde im Interesse des Vaterlands bereit sein, einer Koalition beizutreten, in der auch Mehrheitssozialisten sitzen. Als Vorbedingung würde sie einige Forderungen stellen, von denen sie unter keinen Umständen abweiche. Sie würde verlangen, daß nach Spa wirkliche Staats- und keine Parteimänner entsandt würden, daß nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten regiert werde, daß das Beamtenum von der Politik verschont bleibe, daß die Staatsautorität wieder hergestellt wird und die Zuverlässigkeit unserer Reichswehr gesichert werden wird.

Aus Zentrumskreisen wurde demselben Blatt versichert, daß das Zentrum es gerne sehen würde, wenn eine Koalition von den Deutschnationalen oder mindestens von der Deutschen Volkspartei bis zu den Mehrheitssozialdemokraten geschaffen werden könne.

Der „Vorwärts“ stellt fest, daß der Reichspräsident bisher noch mit keinem führenden Politiker über die Frage der Regierungsbildung verhandelt hat. In sozialdemokratischen Kreisen herrsche die Ansicht vor, daß der Schlüssel der Lage jetzt bei den Unabhängigen liege. Nur die Unabhängigen könnten, indem sie sich zur positiven Mitarbeit bereit erklärten, die Notwendigkeit, eine Regierung der Rechten zu bilden, befeitigen. Verjagten sich die Unabhängigen der Mitarbeit zu dem Zweck, eine Rechtsregierung zu verhindern, so bleibe die Bildung einer solchen der einzige Ausweg aus der verworrenen Lage. Die Sozialdemokratie werde sich an einer weiter nach rechts neigenden Regierung nicht beteiligen, sondern in Opposition zu ihr sich stellen.

### Neues vom Tage.

#### Erklärung gegen Putzke.

Berlin, 9. Juni. Die Korrespondenz der Deutschnationalen Volkspartei veröffentlicht folgende Erklärung: In letzter Stunde ist von der Regierung wiederholt und mit zunehmendem Ernst darauf hingewiesen worden, daß neben den unmittelbaren Befürdungen gewalttätiger Unternehmungen von links nach den ihr zugegangenen Nachrichten auch die Möglichkeit von Rechtsverbrechen bestünde, die insbesondere von einigen früher dem Miliz-arg. gehörigen Persönlichkeiten vorbereitet würden. Uns ist von beratenden Blättern nicht das geringste bekannt, und wir haben der Regierung, die neuerdings auch mit uns in dieser Angelegenheit Fühlung genommen hat, erklärt, daß wir keinen Anlaß zu einer Beforgnis vor verfassungswidrigen Unternehmungen von rechts haben. Wenn es aber tatsächlich Männer geben sollte, die trotz der unheilvollen Lehren des



Kapp-Rutsches, die ihr als warnendes Beispiel dienen sollen, sich mit verbrecherischen und aberwärtigen Gedanken tragen, zuwider der Verfassung, mit Gewalt die ordnungsmäßige Entwicklung der Geschichte des deutschen Volkes zu fördern, so lehnen wir jede Gemeinschaft mit ihnen ab und werden solche rechtswidrigen Vorgänge entsprechend unserer Grundgesetz, daß wir nur auf verfassungsmäßigem Wege vorgehen werden, entschieden bekämpfen. Wir erwarten andererseits von der Regierung mit Bestimmtheit, daß sie jeden Versuch von links, der Verfassung Gewalt anzutun, mit allem Nachdruck verteidigt und zur Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung ungefährdet und rücksichtslos gegen den Verbrecher einspringt und von allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln Gebrauch macht.

#### Für die Zwangswirtschaft.

**Berlin, 9. Juni.** Die Gewerkschaften und der Hauptvorstand der Sozialdemokratischen Partei haben gegen die Aufhebung der Zwangswirtschaft Einspruch erhoben.

**Mariewerder, 9. Juni.** Die Volksabstimmung im westpreussischen Wahlkreisgebiet findet am 11. Juli statt.

#### Streik.

**Berlin, 9. Juni.** Nach einer Meldung des „Berliner Tageblatts“ aus Wien dauert in Karlsbad (Böhmen) der Generalstreik fort. Alle Kaffeehäuser, Kasse, Theater und Konzertsäle sind geschlossen. Die Kurmusik spielt nicht mehr. Es wird kein Gepäck von den Bahnhöfen und zu ihnen gebracht. Die Eisenbahnen verkehren noch.

In Graslitz und vielen anderen Teilen Böhmens wurden wegen planmäßiger Aushungerung des deutschen Volkes durch die Tschechen der Generalstreik proklamiert. Es fanden große Kundgebungen statt.

**Berlin, 9. Juni.** Dem „Berliner Lokalanzeiger“ zufolge haben die Bergarbeiter des Saargebietes die Lohnverhandlungen mit der französischen Bergwerksdirektion abgebrochen. Falls die Saarregierung nicht in letzter Stunde vermittelnd eingreift, droht für den gesamten Saarbergbau der Ausbruch des Generalstreiks.

#### Elfässer im französischen Heer.

**Paris, 9. Juni.** In der französischen Kammer wurde von einem Abgeordneten mitgeteilt, daß die elfsäuerischen Offiziere, die während des Krieges im deutschen Heer gedient hatten, mit dem gleichen Rang in das französische Heer übernommen worden sind. Der Abgeordnete nannte dies einen Skandal, die Mehrheit der Kammer war sehr erstaunt.

#### Die Konferenz von Spa.

**Paris, 9. Juni.** Der „Temps“ meldet: Die Konferenz von Spa ist nicht nur auf Juli verschoben, sondern sie wird in dem von den Deutschen erwarteten Sinn überhaupt nicht stattfinden. Sie wird sich auf die Vorlegung der Bedingungen der Verbündeten für Sicherheit und Pfänder beschränken. Die Herabsetzung der Kriegsschuldung ist abgelehnt.

#### Die Brüsseler Konferenz.

**London, 9. Juni.** Nach dem „Daily Chronicle“ wird die internationale Finanzkonferenz des Völkerbunds in Brüssel frühestens am 25. Juli zusammentreten.

#### Staatenbund, kein Völkerbund.

**Chicago, 9. Juni.** (Reuter.) Im republikanischen Konvent, der gestern eröffnet wurde, verteidigte der zeitweilige Vorsitzende, Senator Lodge, die Haltung der Opposition des Senates in der Frage des Friedensvertrags. Es sei ein Staatenbund und kein Völkerbund, was Präsident Wilson aus Europa nach Amerika gebracht habe. Das Volk müsse jetzt seinen Urteilspruch fällen. Weiter sei es Zeit, Mexico gegenüber eine feste Haltung einzunehmen.

**Amsterdam, 9. Juni.** Lloyd George erklärte in einer Unterredung die Behauptung Mendersons, daß er entschlossen sei, die Arbeiterpartei zu vernichten, für sinnlos. Er kämpfe nur gegen die Extremisten und Revolutionäre.

#### Kerzestreit.

**Jansbrunn, 8. Juni.** Die Vereinigung der Krankenhäuser ist wegen Nichterfüllung ihrer seit sechs Monaten an das Staatsamt für Unterricht gerichteten Forderungen in den Ausstand getreten. Die medizinische Hörschule der Universität hat sich angeschlossen.

**Stockholm, 8. Juni.** Der finnische Gesandte in Stockholm überreichte dem schwedischen Minister des Auswärtigen eine Note, worin die finnische Regierung Widerspruch dagegen erhebt, daß sich die schwedische Regierung ohne Rücksicht auf Recht und Interessen Finnlands zum Zurechen eines Teils der Bevölkerung der Alands-Inseln, der unrechtmäßigen Trennung der Inselgruppe von Finnland fordere, gemacht habe. Finnland behaupte hinsichtlich Alands seine auch von Schweden vorbehaltene anerkannte Souveränität. — Hierauf antwortete die schwedische Regierung, seit dem von der Bevölkerung Alands mit Einstimmigkeit vorgebrachten Verlangen, ihr Schicksal selbst zu bestimmen, habe die Kgl. Regierung die finnische Regierung nicht in Unkenntnis gelassen, daß sie dieses Verlangen als vollstän- dig ansehe. Auch habe Schweden im Einverständnis mit Finnland auf Grund der Volksabstimmung eine Lösung der Alandsfrage zu erreichen gesucht. Begründeter Anlaß zu dem überreichten Schreiben sei nicht gegeben.

#### Wahltag der Sime-Feiner.

**London, 8. Juni.** Dem „Observer“ zufolge haben die Gemeinderatswahlen in Island außer in Nordost-Älster und in der Grafschaft Jöndal einen überwältigenden Erfolg der Sime-Feiner gebracht. — Nach einer Londoner Meldung sind zwei Torpedojäger mit 300 Seeresoldaten von Queenstown nach der Westküste Irlands abgegangen.

#### Schluss der Kongreßtagung in Amerika.

**Washington, 8. Juni.** Der 66. Kongreß hat seine zweite Tagung gestern geschlossen und wird voraussichtlich erst am 6. Dezember wieder zusammentreten. Die republikanische Mehrheit erklärt, die beiden Tagungen seien sehr erprießlich gewesen. Der Kongreß habe dem Land 1 1/2 Milliarden Dollar gespart. Die Demokraten bezeichnen das Ergebnis als einen jämmerlichen Misserfolg.

Wie verlautet, soll der Leiter des Bureaus für fremde Anleihen in New York, Davis, Nachfolger des Staatssekretärs Poll werden.

#### Aufstand in China?

**London, 8. Juni.** Der Berichterstatter der „Times“ meldet aus Peking: Parteifreitigkeiten unter den nördlichen Militärgouverneuren haben zur Zurücknahme der nordchinesischen Truppen in Hunan geführt. Die südhinesischen Truppen haben den seit zwei Jahren bestehenden Waffenstillstand gebrochen und sind vorgerückt. Der Berichterstatter glaubt nicht, daß etwaige Feindseligkeiten größeren Umfang annehmen werden, da es an Geld mangelt.

#### Württemberg.

**Stuttgart, 9. Juni.** (Der neue Landtag und die Regierungsbildung.) Der neugewählte Landtag wird voraussichtlich am 22. Juni einberufen werden und in der ersten Sitzung unter Leitung des Alterspräsidenten, Staatspräsident Bloß, sein Büro wählen. Die Wahl des Staatspräsidenten wird in der zweiten oder dritten Sitzung vor sich gehen. Der neue Staatspräsident wird sodann die Regierung berufen.

Die „Schwäb. Tagwacht“ sagt, die Erweiterung der bisherigen Koalition durch Inziehung der Unabhängigen sei sehr zweifelhaft. Die Einbeziehung der vier Abgeordneten der Deutschen Volkspartei werde die Zustimmung der Sozialdemokratie nicht finden und auch bei den Demokraten auf Widerstand stoßen. Eine Regierung, gebildet von der Rechten, dem Zentrum und der Deutschen Volkspartei wäre mit 54 gegen 47 Stimmen noch schwächer als die bisherige Koalition. Durch den Zutritt der Demokraten könnte diese Regierung gesichert werden. Die Bildung des Kammerpräsidiums hängt von der Bildung der Regierung ab. Die Regel ist, daß die stärkste Fraktion den ersten Präsidenten stellt. Davon ist aber schon öfters abgewichen worden. (Stärkste Fraktion ist die Bürgerpartei und Bauernbund mit 28 Abgeordneten, dann folgen Zentrum mit 23 und Sozialdemokratie mit 17.)

**Stuttgart, 9. Juni.** (Einberufung des Landtags.) Der neugewählte Landtag wird voraussichtlich

auf 22. Juni einberufen werden, wenn nicht besondere Ereignisse eine frühere oder spätere Einberufung notwendig machen.

**Stuttgart, 9. Juni.** (Zur Schulkonferenz.) Kultminister Dr. v. Hieber hat sich zur Teilnahme an der Reichsschulkonferenz nach Berlin begeben.

**Stuttgart, 9. Juni.** (Verbandsstag.) Der Verband landwirtschaftlicher Genossenschaften in Württemberg, der gegenwärtig 1811 landwirtschaftliche Genossenschaften mit 206 000 Mitgliedern zählt, hält am Montag, den 14. Juni, vormittags, im Sieglehaus hier seinen 39. Verbandsstag ab.

**Obertürkheim, 9. Juni.** (Eingemeindung.) Der Gemeinderat hat sich mit 11 gegen 5 Stimmen für die Eingemeindung nach Stuttgart entschieden. Am Sonntag soll in einer öffentlichen Versammlung die Einwohnererschaft ihre Meinung zum Ausdruck bringen, die dann bei der endgültigen Beschlussfassung berücksichtigt werden soll.

**Welzheim, 9. Juni.** (Pferdediebstahl.) Dem Anwalt Bauer in Schafhof wurden nachts zwei Pferde im Wert von 40 000 Mk. samt zwei Ferkeln aus dem Stall gestohlen. Die Spur der Diebe soll nach Gmünd führen.

**Gmünd, 9. Juni.** (Missionsanstalt.) Im Herbst wird hier eine Missionsanstalt unter dem Namen und Schutz des hl. Bernhard entstehen. Die Gründung geschieht durch das Missionshaus „St. Paulusheim“ der Pallottiner in Bruchsal.

**Gattenhofen, Dt. Göppingen, 9. Juni.** (Stiftung.) Von dem von hier gebürtigen Amerikaner E. J. Siller in Cleveland sind dem Pfarramt zum Zweck der späteren Erbauung eines Gemeindehauses 100 000 Mark als Stiftung überwiesen worden.

**Freudenstadt, 9. Juni.** (Glücklicher Finder.) Auf der Eisenbahnfahrt von Eutingen nach Freudenstadt verlor ein Kurgast den Brillanten aus seinem Fingerring. Als er in Freudenstadt den Verlust bemerkte, machte er der Bahnverwaltung in Hausach sofort Mitteilung. Zugmeister Bez fand den wertvollen Stein im Wagen und lieferte ihn dem erfreuten Besitzer ab; er erhielt dafür eine Belohnung von 1000 Mark und war nun nicht weniger erfreut als jener.

**Oberndorf, 9. Juni.** (Gegend die Zwangswirtschaft.) Der Landw. Bezirksverein hat die sofortige Aufhebung der Zwangswirtschaft für Fleisch verlangt; er wird nach 4 Wochen die Aufstände für den Kommunalverband einstellen. In Freudenstadt, Horb, Sulz und Rottweil ist die Zwangswirtschaft stillschweigend längst eingestellt. (Sie ist auch überflüssig, wenn, wie in Stuttgart, das Pfund Rindfleisch 8.80 Mark kostet.)

**Ellwangen, 9. Juni.** (Die Maul- und Klauenseuche.) Ein Nachlassen der Maul- und Klauenseuche ist noch nicht zu bemerken. Im Gegenteil, in manchen Orten ist die Seuche erneut ausgebrochen. Das Oberamt erläßt daher verschärfte Maßnahmen. Sämtliche Hunde im Sperbezirk müssen schlagelagert werden. Wer sich gegen die Schutzmaßnahmen vergeht, unterliegt den Strafbestimmungen des Strafgesetzbuches und des Viehseuchengesetzes und verliert den Anspruch auf Entschädigung, besonders wenn er es unterläßt, die Seuche oder auch nur den Verdacht der Ortspolizeibehörde anzuzeigen. Wie wäre, wenn die Behörde, wie es eben der Stadtrat von Nürnberg getan hat, ein Verbot der Tanzunterhaltungen und vieler unnötiger Versammlungen erlasse?

**Ulm, 9. Juni.** (Häuteversteigerung.) Bei der gestrigen Versteigerung von 2050 Großviehhäuten und 760 Kalbfellen wurde ein Abschlag von über 40 % erzielt. Es kosteten Ochsenhäute bis 39 Pfund 10—10.85 Mk., von 40—59 Pfund 8.60—9 Mk., von 60—79 Pfund 9.30—10.05 Mk., über 80 Pfund 8.05—9.05 Mk. Rinderhäute bis 39 Pfund 10.70—11 Mk., von 40—59 Pfund 10.15—10.30 Mk., von 60—79 Pfund 9.85—10.15 Mk., Kuhhäute von 40—59 Pfund 9.90 bis 10.45 Mk., von 60—79 Pfund 9.75—10.55 Mk., über 80 Pfund 9.25—9.55 Mk. Bullenhäute bis 39 Pfund 10.10—11 Mk., von 40—59 Pfund 8.10—9 Mk., von 60—79 Pfund 7.90—8.60 Mk., über 80 Pfund 6.85—7.20 Mk., Kalbfelle 12—12.55 Mark.

## Die wilde Hummel.

Roman von Erich Friesen.

(Fortsetzung.)

Horch! ... Flüstert es nicht über den Wassern? Geheimnisvoll, gepenslich, lockend? ... Sind es die Geisterstimmen der Verstorbenen? Sind es Träume und Hoffnungen, die gleich Lichtfelsen in weißglühenden Gewändern über die Erde huschen? Sind es die lindverhallenden letzten Schwingungen unerfüllter Wünsche, die mit ihrem Haubergetöse, bevor sie ganz und für immer verklingen, nochmals das Herz der armen Menschenkinder erzittern lassen? ...

Leichte Rote steigt in Dianas Wangen. Und auch Roberts Stirn färbt sich dunkler. Blöcklich hebt sie den Kopf von seiner Schulter.

„Robert! Warum hast Du mich geheiratet?“ Die direkte Frage, mitten hinein in die Poesie des Augenblicks, trifft ihn wie ein Peitschenhieb. Jede Spur von Farbe weicht aus seinem Gesicht.

„Wie kommst Du darauf?“ erwidert er ausweichend.

„Das selbe könnte ich Dich fragen.“

„Keine Ausflüchte! Antworte!“

Er setzt sich wieder auf die Bank und nimmt die Ruder.

„Warum pflegt der Mann zu heiraten?“ versucht er zu scherzen. „Doch wohl aus Liebe zu dem Mädchen seiner Wahl.“

„Auch Du?“

„Sollte ich eine Ausnahme von der Regel machen?“ Ihre Pupillen verengen sich — so durchdringend wird ihr Blick. Dann stößt sie kurz heraus:

„Du Idiot!“

Er fährt zurück als habe er einen Schlag ins Gesicht erhalten.

„Diane!“

„Du lägst!“ wiederholt sie zitternd vor Erregung, und ihre Augen flammen ihn zornig an. „Denk nicht, daß ich noch das dumme Kind von früher bin, denn man alles vorreden konnte und das alles glaubte! Ich weiß jetzt, weshalb Du die „wilde Hummel von Büffel-Goldfeld“, das Mädchen ohne Bildung und ohne Namen, zu Deiner Frau gemacht hast. Du heiratest sie um — um —“

Sie stotzt. Das Wort will nicht über ihre Lippen. „Fahr fort!“ sagt er mit unnatürlicher Ruhe, indem er das Boot nach dem Ufer zu lenkt.

„Du heiratest sie um — ihres Geldes willen!“ ruft sie mit schneidender Ironie.

Ihm ist, als greife eine kalte Hand nach seinem Herzen.

„Wer — wer hat Dir das gesagt —“ stammelt er fassungslos.

„Er lacht — ein herzerreißendes Lachen.“

„Ah, Du gestehst es also ein!“

Sie streicht sich mit dem Taschentuch über das erhitzte Gesicht und fährt in immer steigender Erregung fort:

„Als Du mich und die gute Tante Bättinghausen damals nach Birkenfeld holtest — da dachtest Du nur an mein Geld! Als ihr alle so freundlich zu mir wart — da dachtet ihr nur an mein Geld! Als Du mich in Deine Arme nahmst und mich fragtest, ob ich Deine Gattin werden wollte — da dachtest Du nur an mein Geld! Und ich albernes Ding, ich glaubte Dir! Wie mßt ihr alle über mich geknast haben! Der alte Ge-

neral, Eva, der Herr Hofrat. Und vor allem Du! Du!! Du!!!“

Mit keinem Wort hat er ihren wilden Leidenschafts-

ausdruck unterbrochen. Jetzt zum erstenmal wehrt er ab.

„Du irrst, Diane. Wir alle lieben und achten Dich hoch.“

„Ja. Weil ich reich bin. Sieh mir ins Auge und sage mir, daß Du mich auch geheiratet hättest, wenn ich nichts gehabt hätte! Wenn ich arm gewesen wäre, wie diese Liselotte, die Du um meinetwillen ausgabst!“

Er schnellte in die Höhe.

„Großer Gott, woher weißt Du —“

„Du gibst also auch das zu!“ lacht sie bitter auf.

„Woher ichs weiß, ist gleichgültig. Ich weiß, Deine Liebe gilt meinem Geld! Euer aller Liebe gilt meinem Geld! Behaltet das Geld! Ich mag es nicht. Es hat mir nichts als Unglück gebracht. Aber laßt mich freilich fort will ich von Euch! Fort!!!“

In steigender Besorgnis hört er ihren erregten Worten zu. Großer Gott, worauf sinnt sie? Was will sie tan?

„Diane! Höre doch! Laß Dir erklären —“

„Wo zu?“

„Habe Mitleid mit mir!“

(Fortsetzung folgt.)

**Friedrichshafen, 9. Juni.** (Fremdenkontrolleure.) Am den unehelichen Auswüchsen des Fremdenverkehrs in früheren Jahren, namentlich der Dampfererei und dergl. entgegenzutreten, sind für den Bezirk 22 ehrenamtliche Fremdenkontrolleure aufgestellt worden, die mit besonderen Ausweisen die Gaststätten und Ausländer überwachen.

### Mutmaßliches Wetter.

Die Stürme schwinden. Am Freitag und Samstag ist weitere Aufklärung und Wiederverwärmung zu erwarten.

### Baden.

**Karlsruhe, 9. Juni.** Dem Landtag ist der Entwurf zu einem Gesetz über die Torfwirtschaft zugegangen. Darin wird u. a. bestimmt, daß Grundstücke nur mit Genehmigung der zuständigen Behörde auf Torf ausgebeutet werden dürfen. Eine solche Genehmigung ist nicht erforderlich, wenn auf den Grundstücken, deren Gesamtläche nicht mehr als ein Hektar beträgt, Torf zur Bedeckung für den Eigenbetrieb oder für die Hauswirtschaft des Unternehmers gewonnen werden soll. Auch solche Torfgewinnungsanlagen, die der Genehmigung nicht bedürfen, sind bei Beginn des Betriebs der zuständigen Behörde anzuzeigen. Grundstücke dürfen zur Torfgewinnung nur in der Weise benutzt werden, daß die Möglichkeit zur späteren land- und forstwirtschaftlichen Benützung gewahrt bleibt. Soweit es zur Förderung der Torfgewinnung im öffentlichen oder gemeinwirtschaftlichen Interesse geboten ist, können auf Antrag gegen Entschädigung Grundstücke oder Grundstücke zugunsten des Landes oder von Gemeinden, Kreisen, Bezirksverbänden und gemeinnützigen Unternehmungen enteignet werden. Das gleiche gilt auch für die Schaffung von Zufahrtswegen. Die Eigentümer von Torfgrundstücken sind verpflichtet, den zuständigen Behörden jederzeit Auskunft über die Torfverhältnisse zu geben und die Einsichtnahme in die Geschäftsbücher usw. zuzulassen.

**Karlsruhe, 9. Juni.** Das Ministerium des Kultus und Unterrichts hat folgenden Erlaß an die Schulbehörden gerichtet: „Der fortdauernde Mangel an Arzneidrogen und die Rücksicht auf den Stand der deutschen Valuta machen es nötig, daß auch im Jahre 1920 die im Inland wachsenden Arzneipflanzen und Auskütter durch Einsammeln in möglichst großen Mengen für den Bedarf gesichert werden. Hierbei bedarf es, da die Sammeltätigkeit der berufsmäßigen Kräutersammler nicht ausreicht, der Mitwirkung der Schulkinder und der Förderung dieser Tätigkeit durch die Lehrerschaft. Der Mangel einer geordneten Sammeltätigkeit im Jahre 1919 hat sich sehr fühlbar gemacht. Die Apothekerkammer in Baden hat die Apotheker des Landes gebeten, den Schulen beim Sammeln von Arznei- und Auskütterkräutern ratend und helfend zur Seite zu stehen, und darauf hingewiesen, daß Merkblätter über die Arzneipflanzen bei der Apothekerkammer in Karlsruhe zu beziehen sind.“

**Karlsruhe, 8. Juni.** Von den in Baden gewählten Reichstagsabgeordneten gehörten gerade die Hälfte den früheren Reichstagen oder der deutschen Nationalversammlung an und zwar die demokr. Abg. Dietrich und Haas, die sozialdem. Abg. Oskar Ged und Schöpflin, die Zentrumsabg. Fehrenbach, Diez, Dr. Wirth und Ersting, und der deutschnatl. Abg. Dr. Düringer. — Neu in den Reichstag ziehen ein von der Sozialdemokratie Holzarbeiter Lorenz Niedmiller in Emmendingen und vom Zentrum Landwirt und Bürgermeister Anton Damm in Wagenfeld (bei Eberbach) und der Präsident der Karlsruher Handwerkskammer Malermeister und Stadtrat Edward Henmann von Bruchsal. Während die Erstgenannten im politischen Leben noch ziemlich unbekannt sind, steht Abg. Henmann schon lange Jahre im öffentlichen Leben. Er hat erst vor wenigen Tagen sein 60. Lebensjahr vollendet; als Mitglied der Zentrumspartei gehört er schon längere Zeit dem Bruchsaler Stadtrat an und ist in gewerblichen Leben besonders regie tätig. — Eine bekannte Persönlichkeit ist auch der zweite bad. Abg. der deutschnatl. Volkspartei Bürgermeister und Landwirt Karl Fischer in Reichenheim (bei Vahr). Er ist einer der Führer der bad. Tabakbauernbewegung, die er besonders im Landtag vertrat, dem er seit 1913 angehört. Seit 1908 steht er an der Spitze seiner Heimatgemeinde.

Auch der bad. Vertreter der lib. Volkspartei Dr. Josef Curtius in Heidelberg ist im politischen Leben bisher wenig hervorgetreten. Am so bekannter ist Ernst Adolf Ged aus Offenburg. Schon 24jährig betätigte er sich auf politischem Gebiete, war zuerst Parteisekretär der deutschen Volkspartei in Frankfurt und gründete 1881 in Offenburg die anfangs demokratische, dann sozialdem. Zeitung „Der Volksfreund“, deren Druckort später nach Karlsruhe verlegt wurde. Als dies geschah, rief Adolf Ged seine Wochenzeitschrift „Der alte Offensburger“ ins Leben, den er noch heute herausgibt. Adolf Ged gehörte schon früher dem Reichstag an und ebenso mit kurzen Unterbrechungen dem bad. Landtag von 1897 bis 1918. Viele Jahre führte er den Vorsitz der Landesorganisation der bad. Sozialdemokratie, aus der er im Herbst 1917 austrat und Mitglied der Unabhängigen wurde. Ihr zweiter Vertreter im neuen Reichstag wurde der sozialdem. Abg. Schwarz in Mannheim hatte in der vorläufigen bad. Volksregierung das Ministerium für soziale Fürsorge inne.

**Karlsruhe, 8. Juni.** Die „Karlsruher Zeitung“ widerspricht den Zeitungsnachrichten, nach denen bad. des Schlachtvieh aus dem Schwarzwald insbesondere aus dem Landbezirk Freiburg, nach Norddeutschland ausgeführt werde. Eine Versorgung nichtbesidlicher Bedarfsstellen mit Schlachtvieh aus Baden sei seit Juli 1919 nicht mehr erfolgt. Das in Baden ausgeführte Schlachtvieh wird ausschließlich zur Deckung des eigenen Bedarfs des Landes verwandt.

### Vermischtes.

Der Verein Schweizerischer Verlagsbuchhändler befragt auf seiner Wiener Hauptversammlung die schwierige Lage des schweizerischen Bucherlags und bedauert, daß „insolge mangelnder Entschlossenheit“ der deutschen Buchhändler bis jetzt die Einrichtung eines vom Schweizerischen Verlagsbuchhändler angeführten Austauschvereins schweizerischer und deutscher Bücher wenig Aussicht auf Erfolg habe.

**Verurteilung.** Wegen der Befeldung des Denkmals Kaiser Wilhelm I. mit roter Farbe vor mehreren Wochen hat die Strafkammer in Bonn 2 junge Leute ohne Parteizugehörigkeit und 2 Unabhängig: zu je 2 Jahren Gefängnis verurteilt.

**Anfall des Marschall Foch.** Der Kraftwagen des Marschalls Foch stieß in einer Straße von Paris mit einem anderen Kraftwagen zusammen. Foch trug eine Schramme im Gesicht davon.

**Krawall.** Bei einem bedrohlichen Tumult wegen der hohen Eier- und Klebepresse in Graz mußte das Militär schießen. 6 Personen wurden getötet, 15 verwundet.

**115 Fluggänge verbannt.** Bei einem Brand in einer Fliegerkaserne in der Nähe von Seaford (Lincolnshire, England) wurden 115 Fluggänge zerstört. Der Schaden beträgt eine Viertelmillion Pfund Sterling (5 Mill. Goldmark).

**Karlsruhe, 8. Juni.** Nach der „Bad. Presse“ kommt die Reiterbrigade in Bruchsal und die 1. Kavallerie Schwadron nach Ludwigsburg, das Freiburger Schützenbatalion nach Donaueschingen.

— **Der Papiergeldumlauf** ist in der letzten Maiwoche auf 63 583,9 Millionen Mark gestiegen.

— **Reichsnotopfer.** Die große Abgabe vom Vermögen wird demnächst veranlagt und erhoben. Die Meinung, daß nach dem Ausfall der Wahlen zum Reichstag das Gesetz wieder zurückgenommen werde, ist völlig unbegründet. Die Vorauszahlungen auf das Reichsnotopfer werden seit 1. Januar d. J. verzinst. Wer bis zum 30. Juni 1920 Barzahlung leistet, braucht für je 100 Mk. nur 92 Mk. hinzugeben, wer vom 1. Juli bis 31. Dezember 1920 barzahlt, nur 96 Mk. Bientlich die Vermögensabgabe ungefähr ausmacht, kann jeder selbst ausrechnen, wenn er weiß, welches Vermögen er am 31. Dezember 1919 hatte. Davon bleiben 5000 Mk., bei Ehegatten regelmäßig 10 000 Mk., und wenn 2 oder mehr Kinder da sind, für das zweite oder jedes weitere Kind je weitere 5000 Mk. steuerfrei. Der Rest des so viel mal 5000 Mk. dieses Restes sind mit 10 Proz. Vermögens ist zu versteuern. So viele Kinder da sind, zu versteuern, der Ueberfluß nach dem Hundertsatz, der für den ganzen Rest nach dem Tarif anzusetzen wäre. Für die Gesellschaften beträgt die Steuer schlechthin 10 Proz. des Reinvermögens nach Abzug des eingezahlten Grund- oder Stammkapitals, für die juristischen Personen anderer Art und Vermögensmassen 10 Proz. ihres gesamten Vermögens nach Abzug der Schulden. Sie werden daher noch leichter als die natürlichen Personen in der Lage sein, die Steuer selbst zu berechnen.

— **Aus dem Zementgewerbe.** In einer jüngst abgehaltenen Zementverteilungssitzung wurde die für den Monat Juni zu verteilende Erzeugung mit 150 000 Tonnen angenommen. Ein Antrag des Deutschen Zementhändlerbundes auf Aufhebung der Zwangsverteilung für Händlerlager wurde zur Erörterung gestellt; die Entscheidung darüber soll durch Besprechung mit den zuständigen Stellen herbeigeführt werden.

— **Erwerbslos.** Die Zahl der Erwerbslosen wies am 15. Mai nach der Mitteilung des Reichsarbeitsministeriums einen bemerkenswerten Rückgang auf. Während am 15. April noch 244 894 männliche und 68 948 weibliche Erwerbslose unterstellt worden sind, betragen die entsprechenden Ziffern am 15. Mai 210 670 und 59 748. Zu ihnen tritt an unterstellten Familienangehörigen noch die Zahl von 256 910 gegen 300 000 am 15. April. In diesen Ziffern kommt die ungünstige Wendung, die sich insbesondere auf dem Arbeitsmarkt vollzogen hat, noch nicht zum Ausdruck.

— **Schneefälle.** Aus dem Schwarzwald (Feldberg und Belchen) aus den Vogesen und den Alpen werden Schneefälle bei stark gesunkener Temperatur gemeldet.

— **Pöstler.** Vier Verurteilte drangen in das Postgebäude in Bingen a. Rh. ein, knebelten die dort anwesenden Postbeamten und raubten dann drei Kisten, in denen sich je 225 000 Mark befanden. Eine Kiste wurde aber wiedergefunden; offenbar ist sie von den Tätern, weil zu schwer, zurückgelassen worden. Die Täter sind mit dem Gelde unerkannt entkommen.

— **Aufhebung der Zwangsverwaltung in Bulgarien.** Nach dem „Echo de Bulgarie“ hat der Ministerrat beschlossen, die Zwangsverwaltung über die für die Ausfuhr bereit gehaltenen Waren und sonstigen Güter, die deutschen, österreichischen, ungarischen und türkischen Untertanen gehören, aufzuheben.

— **Kerzte und Krankenkassen.** Der Reichsbürgerrat hat zum Kampf zwischen den Kerzten und Krankenkassen in einem Schreiben an das Reichsarbeitsministerium folgende Stellung genommen: Aus einer Reihe uns zugegangener Zuschriften ersehen wir, daß in dem Kampf zwischen den Kerzten und den Krankenkassen die Bürgererschaft mit aller Entschiedenheit ihre Sympathie den ersteren entgegenbringt. Es ist in der Tat nicht anzunehmen, daß in Zeiten, wo selbst die kleinste körperliche Dienstleistung mit ganz unverhältnismäßig hohen Sätzen entlohnt wird, die verantwortungsvolle geistige Arbeit der Kerzte in völlig unzulänglicher Weise vergütet wird. Eine derartige Entwicklung muß bei der jetzigen Teuerung zum wirtschaftlichen und damit zum wissenschaftlichen und sittlichen Niedergang der Kerzte führen. Daß darin eine schwere Gefahr für die ganze Volksgesamtheit liegt, kann nicht zweifelhaft sein. Der Reichsbürgerrat bittet daher die Regierung dringend, ihren Einfluß für eine angemessene Honorierung der Kerztätigkeit geltend zu machen, um diesen so hervorragend wichtigen Stand vor Verelendung zu bewahren und ihm seine wirtschaftliche Selbständigkeit zu erhalten.

— **Die Gefangenen in Sibirien.** Jeden zweiten Tag trifft in Narwa (Estland), wo ein Durchgangslager sich befindet, ein Transport Kriegsgefangener aus

Sowjet-Rußland ein. Das Lager steht unter der Leitung des schwedischen Roten Kreuzes, das den Gefangenen Lebensmittel und Liebesgaben verabreicht. Die englische Regierung hat für den Heimtransport der Gefangenen drei Dampfer freigegeben, so daß sie nunmehr auch von Finnland aus abgeführt werden können.

— **Die Maul- und Klauenseuche.** Auf Einladung des würt. Ministeriums des Innern hat nun auch das Reichsgesundheitsamt einen Bakteriologen, Geh. Rat Dr. Tiege, in das Seuchengebiet entsandt, nachdem dort bereits Geh. Rat Professor Dr. Dit-Biesen pathologisch-anatomische Untersuchungen über die Maul- und Klauenseuche vornimmt. Beide Forscher sollen vor allem die Frage prüfen, ob es sich bei der bösartigen Seuche nur um einen höheren Virulenzgrad eines Erregers oder aber um eine sog. Mischiinfektion, d. h. der Verbindung der Seuche mit einer anderen Krankheit handelt. Es ist nicht zu erwarten, daß der Erreger der Seuche entdeckt werde, nachdem Forscher festgestellt haben, daß dieser Erreger mit den derzeitigen Hilfsmitteln nicht zu Gesicht gebracht werden kann. Dr. Tiege hat vom preussischen Landwirtschaftsministerium den Auftrag erhalten, auch Versuche mit einem neuen Schutz- und Heilmittel anzustellen. Es soll ein noch stärkeres Serum hergestellt werden, nachdem die bisherigen Impfungen in Württemberg nicht voll befriedigt haben.

### Sport.

#### Turnen.

In Halle a. S. fand am 26. und 27. Mai eine Turnauskunftung der Deutschen Turnerschaft statt an der sämtliche Mitglieder der Unterauswärts teilnahmen. Die Hauptaufgabe für die Versammlung bildete die Schaffung einer der Zeit entsprechenden Wetturnordnung. Von besonderer Bedeutung ist die zukünftige Verwertung der Leistungen bei den gemischten Wettkämpfen, bestehend aus Geräte- und volkstümlichen Übungen. Für die ersteren wurde die 20-Punktverwertung angenommen und bei den letzteren die Anrechnung der Ueberpunkte beschlossen, was auch für die rein volkstümlichen Wettkämpfe gilt.

#### Fußball.

Süddeutschland verliert gegen Mitteldeutschland 0:1. Am Sonntag fand in Frankfurt a. M. das Rückspiel Süddeutschland gegen Mitteldeutschland vor 12 000 Zuschauern statt. Die süddeutsche Mannschaft war durch das Fehlen der Nürnberg- und Tübingen-Spieler erheblich geschwächt und außerdem mußten für die ursprünglich aufgestellten Spieler noch in letzter Stunde Ersatzspieler aufgestellt werden, die den Anforderungen nicht vollwertig entsprachen. Diesen Umständen ist es zuzuschreiben, daß das durchweg gleichwertige Spiel für die süddeutsche El mit 0:1 Toren verloren ging. Das einzige Tor des Tages fiel erst 3 Minuten vor Schluß auf eine Ecke. Bei der unterlegenen Mannschaft verlagte der ganze Drei-Torensturm.

Der würt. Kreis- und Pokalmeister Stuttgart Sportklub 1900 spielte am Sonntag in Nürnberg und schlug den F.C. Hell mit 3:1 Toren.

Im Städtepiel Hamburg—Leipzig gewann Hamburg mit 5:1. Kassel—Frankfurt a. M. unentschieden 3:3.

Die ungarische Fußballmannschaft Palas-Budapest, die in Süddeutschland wiederholt durch ihre Erfolge angenehm aufgefallen ist, wurde in Mainz vom 1. Fußball- und Sportverein mit 1:0 geschlagen.

Der Deutsche Fußballbund weiß, nach der letzten amtlichen Feststellung, über eine halbe Million Mitglieder auf.

#### Hockey.

Die Süddeutsche Hockey-Meisterschaft errang die Münchener Hockeyvereine gegen Bayernvereine 1860 mit 3:2.

#### Leichtathletik.

Eine neue deutsche Höchstleistung stellte die Damenstaffette vom Turnverein Frankfurt auf, die eine 4mal 100-Meter-Staffette in 56,4 Sekunden gewann.

#### Lokales.

— **Postfrage.** Nach Ungarn können von jetzt an wieder Postfrachtkübel bis 20 Kgr. mit und ohne Wertangabe versandt werden.

— **Die Telefonkündigung.** Amtlich wird mitgeteilt, es sei nicht richtig, wie jüngst von einer Nachrichtenseite gefügt wurde, daß die Postverwaltung vertraglich verpflichtet sei, bei Verweigerung der erhöhten Fernspreckgebühren seitens der Teilnehmer die vierteljährliche Kündigungsfrist einzuhalten. Nach dem Vertrag unterwerfe sich jeder Teilnehmer den jeweiligen von der Verwaltung festzusetzenden Tarifbestimmungen. Die Verwaltung wäre daher berechtigt, ab 1. Juli die Bezahlung der erhöhten Gebühr zu verlangen und es dem Abnehmer zu überlassen, auf 1. Oktober zu kündigen. Wenn sie den Teilnehmern eingeräumt habe, ihre Anschlüsse vom 15. Juni bis 30. Juni zu kündigen (statt auf 1. Oktober), so sei das eine Vergünstigung.

— **Der Deutsche Kriegerbund (Kriegerbündlerbund)** hat durch seine Hauptkasse in den Jahren 1906 bis 1919 an Unterstützungen für Mitglieder und deren Hinterbliebenen rund 9 618 000 Mark ausbezahlt. Die dem Verband angeschlossenen Vereine haben außerdem bis vor dem Krieg jährlich etwa 7 1/2 Mill. Mk. aufwenden können.

— **Freie Wareneinfuhr nach Frankreich.** Für die Einfuhr von Waren aus Deutschland nach Frankreich ist eine französische Einfuhrbewilligung nicht mehr erforderlich, ausgenommen bei Farbstoffen, sowie bei chemischen, pharmazeutischen und dergleichen andern Erzeugnissen, deren Ausfuhr auf Grund des Friedensvertrags erfolgt (d. h. hauptsächlich Kohlen und deren Nebenprodukte).

— **Die Mehrseite des Lotteriegewinns.** Zu der von uns verbreiteten Notiz, daß die neue Reichseinkommensteuer einen erheblichen Teil eines Lotteriegewinns wegsteuert, wird uns amtlich mitgeteilt: Ihre Ausführungen hinsichtlich der jetzigen Einkommensteuerpflicht der Lotteriegewinne zum Reich sind richtig, bedürfen jedoch der in § 25 des Reichseinkommensteuergesetzes enthaltener Einschränkung, daß die Einkommensteuer bei Lotteriegewinnen von dem gesamten steuerpflichtigen Einkommen nach dem Hundertsatz erhoben wird, der sich nach § 21 des Gesetzes für das Einkommen des Steuerpflichtigen nach Abzug des Lotteriegewinns berechnet und, wenn sich dabei ein Hundertsatz nicht ergibt, nach dem niederen, in § 21 vorgesehene Abgabesatz.



**Eine merkwürdige Erscheinung** ist es, wie der „Schn. Merkur“ schreibt, daß der neue württ. Landtag nach einer Richtung ganz genau die Zusammenfassung befolgt, wie sie der letzte vor der Revolution ausgewiesen hat. Damals standen sich Zentrum, Bauernbund und Konservativtät einseitig und die übrigen Parteien fast bis auf den Mann hinaus ganz gleich stark gegenüber. Heute wären es wieder 51 (23 B., 18 BB., 10 WP.) und 50 Stimmen der anderen Parteien. Ein Auswirken dieser Konstellation ist ja nicht wohl denkbar, aber es ist doch eigenartig, daß der unter so ganz andern Verhältnissen und unter einem so ganz andern Wahlrecht zusammengetretene neue Landtag nach dieser Richtung ganz dasselbe Gesicht zeigt, wie der letzte Landtag der vorrevolutionären Zeit.

**Milchpreiserhöhung.** In der Landesverföhrungsstelle in Stuttgart fanden in voriger Woche Verhandlungen über eine Preiserhöhung für Milch statt, an denen Landwirte, Vertreter der Städte, von Handel und Industrie, Gewerkschaften und Parteien teilnahmen. Darnach ist in nächster Zeit eine Preiserhöhung zu erwarten.

**Aus dem Beamtenbund.** Zu der Nachricht, daß der Bund höherer Beamten aus dem Deutschen Beamtenbund ausgetreten sei, erfährt die D. G., daß dies nur für die höheren Beamten in Preußen zutrifft.

**Gelle Nächte.** Die Zeit der hellen Nächte beginnt nunmehr wieder, diese dauern ungefähr bis 22. Juli. Daß keine vollständige Verfinsternung des Himmels in dieser Zeit mehr eintreten kann, rührt daher, weil die Sonne nicht mehr tief genug unter den nordwestlichen Horizont versinkt und auch tief im Nordosten sehr frühe wieder aufgeht.

**Die Viehanlieferung.** Nach einem Berliner Blatt sind bis 1. Juni an Frankreich 42 453 Minder, 67 476 Schafe, 7875 Ziegen und 7176 Fohlen und Zuchttiere ausgeliefert worden.

**Obsteinfuhr.** Die Einfuhr von getrocknetem, gedörrtem und frischem Obst mit Ausnahme von Süßfrüchten und Nussobst (Pflirschen, Weintrauben und Edelobst) ist freigegeben. Vom 21. oder 28. Juni an soll auch frisches Gemüse unbeschränkt über die Grenzen eingelassen werden.

## Letzte Nachrichten.

### Neue Versicherungsbank.

Berlin, 9. Juni. In den Räumen der Deutschen Bank fand heute die Gründung der Deutschen Versicherungsbank A.-G. statt. Das Grundkapital beträgt 16 Millionen Mark. Die Gesellschaft wird die Konzessionen nachsuchen für den Betrieb der Transportversicherung, der Feuerversicherung, der Versicherung gegen Kriegs- und Aufruhrschäden, der Unfall- und Haftpflichtversicherung, der Versicherung über Einbruch, Diebstahl und der Ga-

rantio-(Kautions-)Versicherung, sowie der Rückversicherung in allen Zweigen, mit Ausnahme der Lebensversicherung.

### Milchlieferungsstreit.

Frankfurt a. M., 9. Juni. In den Landkreisen Höchst und Wiesbaden ist gestern die Bauernschaft in einen Milchlieferungsstreit eingetreten. Die Arbeiterschaft will die Milchlieferung erzwingen. In einzelnen Orten ist es bereits zu Tätlichkeiten gekommen.

### Die Verminderung der Reichswehr unmöglich.

Paris, 9. Juni. Die deutsche Regierung richtete vor 5 Tagen an die verbündeten Regierungen eine Note, in der erklärt wird, daß Deutschland sich vor der Unmöglichkeit befindet, am 10. Juli ds. Jz. die Bestände der Reichswehr auf die im Friedensvertrag von Versailles vorgezeichnete Stärke zu reduzieren. Die Note verlangt, daß der gegenwärtige Bestand von 200 000 Mann ständig gehalten werden könne.

### Englische Einmischung in die inneren Verhältnisse Deutschlands?

London, 9. Juni. „Westminster Gazette“ sagt zu den deutschen Reichstagswahlen: Die Verbündeten müssen überlegen, ob sie nicht selbst eine sehr ernste Verantwortung für die gefährliche Verwirrung tragen, die sich mit großer Wahrscheinlichkeit aus dem Wahlausfall für die deutsche Politik ergibt. Wir haben die Pflicht, die Gefahr zu verhindern, falls es möglich ist. Mit einer ernsten folgerichtigen Politik kann noch etwas getan werden, um einer gemäßigten deutschen Regierung die Lebensmöglichkeit zu geben.

Vern, 9. Juni. Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts, der gegenwärtig in Genoa tagt, hat beschlossen, das Bureau nach Genf zu verlegen in Erwartung der Entscheidung des Völkerverbundes.

Rom, 9. Juni. Durch die Opposition der Sozialisten gegen die Brotpreiserhöhung ist die Stellung des Ministeriums Mitti gefährdet.

### Strafverfahren gegen Zeitfreiwillige.

Berlin, 9. Juni. Bei den März-Unruhen ds. Jz. wurde in Bad Thal (Thüringen) eine Anzahl Einwohner von Marburger Zeitfreiwilligen verhaftet und mehrere von ihnen erschossen. Die angestellten Ermittlungen konnten noch nicht abgeschlossen werden, da umfangreiche Zeugenerhebungen erforderlich sind. Bisher ist gegen 14 Zeitfreiwillige Anklage wegen rechtswidrigen Waffengebrauchs in Verbindung mit Totschlag erhoben worden.

### Die Wahlen in der Pfalz.

Speyer, 9. Juni. Endgültiges amtliches Wahlergebnis der Landtagswahl in der Pfalz: Im ganzen sind 346 373 Stimmen abgegeben worden. Die Sozialdemokraten erhielten 84 267 Stimmen (4 Sitze), 5575 Reststimmen, die Bayer. Volkspartei 92 884 Stimmen (4 Sitze), 13 692 Reststimmen, die Demokraten 32 553 St. (1 Sitz, 12 755 Reststimmen), die Deutsche Volkspartei

104 523 Stimmen (5 Sitze, 5535 Reststimmen), die Unabhängigen 38 734 St. (1 Sitz, 18 936 Reststimmen), die Kommunisten 2712 Stimmen (keinen Sitz).

### Krieg im Osten.

Rotterdam, 9. Juni. Der „Nieuwe Rotf. Courant“ meldet aus Teheran: Die Bolschewisten haben in Ostiran, nordwestlich von Enzeli, Truppen gelandet.

Kopenhagen, 9. Juni. Nach einem Telegramm aus Warschau besagt der polnische Generalkonsulbericht u. a.: An der Nordfront zwischen Dänemark und Bessina verläuft unsere Gegenoffensive günstig. Auf der südosteuropäischen Front zieht sich der geschlagene Feind nach Schweden zurück. Am unteren Dnjepr haben unsere Truppen starke bolschewistische Streitkräfte zerprengt.

## Bermischtes.

**Amerikanische Milch.** Der amerikanische Kraftwagenfabrikant Ford stiftete 1000 Litern kondensierte Milch für die deutschen Wöchnerinnen und Säuglinge. 200 Litern wurden nach Wien weitergeschickt.

**Die Wetterkunde** soll in der Schule gepflegt werden. Auf eine Anregung des preussischen Landwirtschaftsministers hat der Minister für Volksbildung die Regierungen beauftragt, die Schulunterrichtspflichtigen sowie die Lehrer und Lehrkräfte von neuem auf die Wichtigkeit eines zweckmäßigen Unterrichts in der Wetterkunde hinzuweisen. Vor allem gilt dies für die ländlichen Schulen. In erster Linie soll das Lesen der Wetterkarte geübt werden.

**Die Unwetterhäden im Kreis Mansfeld** (Prov. Sachsen) belaufen sich auf ungefähr 25 Millionen Mark.

**Die Neher Denkmäler.** Die „Straßburger Neuesten Nachrichten“ melden, daß der Gemeinderat von Metz beschlossen hat, die Ueberreste der Denkmäler von Kaiser Wilhelm I. und Kaiser Friedrich, die nach dem Waffenstillstand von der Bevölkerung umgeworfen und beschädigt wurden, öffentlich zu versichern. Der Termin für die Entfernung der noch im Platz befindlichen Kriegerdenkmäler von 1871 wurde auf den 1. August festgesetzt. Ein Erlaß der Regierung ordnet die Entfernung und Einschmelzung der Denkmäler an.

**Wesffelig.** Der jüngst zum Landrat in Neustettin ernannte Vassehl hat seine Berufslaufbahn als Zeitungsanstatter bei der „Greifswalder Zeitung“ begonnen. Dann wurde er noch einander Bäckereilehrer, Mühlenarbeiter, Schreiber, Kohlenarbeiter, Hafenarbeiter, Journalist, Redakteur, Verleger und jetzt Landrat.

**Teure Weide.** Die Grasnutzung des Erzgebirgslandes bei Schöndal (Erfurt) wurde als Schafweide auf ein Jahr um 57 000 Mark verpachtet. Im vorigen Jahr waren 2300 Mark bezahlt worden.

**Diebstahl.** Im französischen Botschaftsgebäude in Wien wurde dem Gesandten Lefevre-Pontalis der Paß ein Kreditbrief von 100 000 bis 150 000 Franken, eine Kasse mit Orden sowie Schmuckgegenstände gestohlen. Als Täter kommt ein junger Mann in Betracht, der seit fünf Tagen auf der Botschaft in Stellung war.

**Der amerikanische Kriegspump.** Nach der Mitteilung des amerikanischen Kriegsamt haben die Vereinigten Staaten an England gezahlt 112 997 000 Dollar, an die anderen verbündeten Staaten 89 371 200 Dollar, von denen Frankreich 748 392 000 Dollar schuldet. Durch den Verkauf von Kriegsmaterial im Ausland hat Amerika 822 923 000 Dollar erzielt.

## Kartoffeln.

Die voraussichtlich letzte Abgabe von Kartoffeln erfolgt am Freitag, den 11. ds. Mts. von 8—12 und 1—5 Uhr am Bahnhof in der Rath'schen Scheuer.

Ueber den Rest wird jedenfalls anderweitig verfügt. Städt. Lebensmittelamt.

## Margarine.

Der Stadtgemeinde ist ein Waggon Margarine zum Preis von 11 Mark das Pfund angeboten worden.

Bestellungen auf größere Mengen wollen auf dem Lebensmittelamt gemacht werden.

## Bekanntmachung

Die Mehlabgabe für Bäcker findet morgen vormittag von 7 bis 9 Uhr statt.

Gleichzeitig sind die leeren Mehlsäcke zurückzugeben. Städt. Mehlabgabestelle.

## Rom. Chierogato

Wilhelm-Strasse 83.

Obst- und Südfrüchten-Handlung

Täglich frische Kirschen

: Sämtliche Südfrüchten :

Span. Weine :: Gemüse

## Achtung!

Der verehrl. Einwohnerschaft und Kurgästen Wildbads zur gefl. Nachricht, daß ich von heute ab folgende Richtsätze festgesetzt habe:

**Herren-Sohlen u. -Absätze**  
54—58 Mark.

**Herren-Absätze** 14—15 Mk.

**Damen-Sohlen u. Absätze**  
42—45 Mk.

**Damen-Absätze** 8—10 Mk.

Mit der Versicherung erstklass. Arbeit.

Mit vorzüglicher Hochachtung

**Schuhhaus Wilhelm Treiber,**  
Ludwig-Siegerstr. 17.

## Schöne Zuglampe

für Gas, zu kaufen gesucht.  
Laienbergrstr. 186 A.

## Ein neuer Rolladen

und ein viereckiger  
**Waschkessel**  
zu verkaufen.  
Laienbergrstr. 186 A.

## Waschfrau gesucht,

für 1—2 Tage in der Woche.  
**Rühler Brunnen.**

## Zimmer zu vermieten.

Wo? sagt die Exp. ds. Bl.

## Frileule

sucht noch  
**Kundschaft,**  
(außer dem Hause).  
Offerten an die Exp. ds. Blattes.

## Verkaufe

mit 35 Proz. Abschlag,  
einen kleinen Posten  
**Knaben- und Mädchen-Stiefel**  
von Nr. 27—35.  
**Robert Hammer,**  
Schuhmachermstr.

## Pelz-Stola,

(Fermelin),  
**Westen-Knöpfe,**  
in passend. Manchettenknöpfen  
aus Perlmutt, Platin, Gold  
und Rubin zu verkaufen.  
Anfragen Haus Hecker.

## Kraftwagen-Verbindung

Neuenbürg-Marzell-Herrenalb vom 12. Juni bis 1. Oktober 1920;  
Herrenalb-Dobel-Wildbad vom 12. Juni bis 20. September 1920.

| Werkst. Vorm.  | Sonnt. Vorm. | Sonnt. Nachm.   | Werkst. Nachm. | Haltestellen  | Tägl. |      |      |
|----------------|--------------|-----------------|----------------|---|-------|------|------|
|                |              |                 |                |   | Vorm. | Abd. |      |
| 7.38           | 8.35         | 8.06            | 4.27           | ab Neuenbürg, Bahnhof                                       | an    | 9.30 | 7.40 |
| 8.00           | 8.45         | 3.10            | 4.40           | dto. Marktpl. bzw. Postamt                                  | △     | 9.25 | 7.55 |
| 8.07           | 8.52         | 3.17            | 4.47           | Wilhelmshöhe  |       | 9.18 | 7.28 |
| 8.17           | 9.02         | 3.27            | 4.57           | Schwann, Postagentur (Rath. a. Verl.)                       |       | 9.08 | 7.18 |
| 8.27           | 9.12         | 3.37            | 5.07           | Conweiler, Postag. (Hasenst. a. Verl.)                      |       | 9.00 | 7.10 |
| 8.35           | 9.20         | 3.45            | 5.15           | Langenalb, Lamm   |       | 8.58 | 7.03 |
| 8.40           | 9.25         | 3.50            | 5.20           | Maisenmühle, Holzbauchtal                                   |       | 8.47 | 6.57 |
| 8.47           | 9.32         | 3.57            | 5.27           | Marzell   |       | 8.40 | 6.50 |
| 8.57           | 9.42         | 4.07            | 5.37           | Frauenalb   |       | 8.30 | 6.40 |
| 9.10           | 9.55         | 4.15            | 5.45           | an Herrenalb Postamt  | ab    | 8.20 | 6.30 |
| Täglich, vorm. |              | Täglich, abends |                |   |       |      |      |
|                | 10.10        |                 | 6.45           | ab Herrenalb  | an    | 8.10 | 6.20 |
|                | 10.35        |                 | 7.10           | Höhenluftkurort Dobel, Postagentur<br>(Sonne auf Verlangen) |       | 7.50 | 6.00 |
|                | 10.55        |                 | 7.30           | Enzbrücke   |       | 7.35 | 5.55 |
|                | 11.00        |                 | 7.35           | Höfen, Ochsen bzw. Postamt                                  | ▽     | 7.20 | 5.30 |
|                | 11.10        |                 | 7.45           | Calmbach, Bahnhof   |       | 7.10 | 5.20 |
|                | 11.30        |                 | 7.55           | an Wildbad, Postamt   | ab    | 7.00 | 5.10 |

In Herrenalb Autoanschluss nach Baden. Vorverkauf nach Herrenalb und Baden-Baden im Verkehrsbüro.

Bitte ausschneiden.

Zu Sonderfahrten steht 16sitziger Omnibus zur Verfügung.

## In Schreibmaschinen-Arbeit u. Diktat

wird geübte Kraft für einige Wochen von einem Badegast gesucht.  
Chiffre Nr. 19 an die Exp. ds. Blattes.

## 8 fast neue Herren-Hemdosen

vorzügl. Qual., mittelgroß, sowie 3 Zellstoff.

## Unterbeinkleider,

zu verkaufen.  
Frau Kull, Villa Frieda.

## Prima Schnellfeuer-Brennstoff

für Feuerzeuge,  
Blechflasche Mk. 3.50,  
bei  
Ch. Schmid u. Sohn,  
König-Rathstr. 68.

**Linden-Kabarett**  
Wilhelmstr. 147. — Eingang durch den Garten.  
heute Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr  
**Ball**  
unter Mitwirkung der Künstlerinnen u. Künstler.  
Extra Kabarett-einlagen.  
Rein Trinkzwang.

**Geschlechtskrank!**  
Rasche Hilfe durch giffreie Kuren.  
**Harnröhrenleiden,** früher nach veraltet. Auskub. heilung in der  
Sphäris, ohne Beschädigung, ohne Schmerzen, ohne Gefahr des  
Ephylis, ohne schmerzhaften Urin, ohne schmerzhaften  
schwäche, ohne Beschädigung. 20 fähliche Prozeduren mit  
reinen ästlichen Mitteln und besten freiwilligen, Danfchreiben Wechsel-  
lenkung gg. 1 Mk. für Porto u. Befehl in Briefschl. Doppelbrief oder Auspruch durch  
Spezialarzt Dr. med. Dammann, Berlin G. 77  
Potsdamer Str. 123B. Sprechzeit 9—11, 2—4, Sonntags 10—11 Uhr.  
Genau Angabe d. Leidens erforderlich, damit d. richtige Prozedur gewählt werden kann.